



Medienmitteilung

Posttariferhöhung belastet Wirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze

Die angekündigte Erhöhung der Posttarife ist primär eine Folge von verfehlten Rahmenbedingungen der Politik, welche die zügige Reorganisation der Post verhindern. Die Wirtschaft - welche für 80% des Umsatzes der Post verantwortlich ist - ist nicht bereit, die Kosten der durch regional- und sozialpolitische Sonderwünsche aufgeblähten und überholten Strukturen zur Erbringung der Postdienstleistungen zu zahlen.

Die Preiserhöhung würde bei den Geschäftskunden der Post Brutto-Zusatzkosten von ca. 250 Mio. Franken verursachen. Wobei die betroffenen Kreise der Wirtschaft davon ausgehen, dass - angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage - die Tariferhöhung einen forcierten Rückgang des beförderten Volumens bewirken wird. In der Wirtschaft dürfte dieser Volumenrückgang einen Wertschöpfungsverlust von ca. 50 Mio. Franken zur Folge haben und mehrere hundert Arbeitsplätze gefährden. economisesuisse fordert deshalb die Rücknahme der angekündigten Preiserhöhung der Briefpost.

economisesuisse ist interessiert an einer nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführten Post mit Zukunftsperspektiven. Nur so wird die Schweiz von innovativen, qualitativ hoch stehenden und preiswerten Postdienstleistungen profitieren können. Wie die angekündigte Preiserhöhung beweist, verhindert das gegenwärtige Monopol eines Regiebetriebes nicht die Erhöhung der Posttarife für ihre Kunden. Die Post ist deshalb aus der politischen Umklammerung zu befreien. Die Öffnung des Postmarktes ist zügig voranzutreiben und die Finanzierung der Grundversorgung durch eine Vorwärtsstrategie, Restrukturierungen und unternehmerisches Handeln sicherzustellen.

Zürich, 30. April 2003

Rückfragen:

economisesuisse, René Buholzer, 01/421 35 35